

## Flüchtlingskrise und Parteiensystem

Die Veränderung des Parteiensystems und die möglichen Folgen für die Bundestagswahl 2017

*Oskar Niedermayer*

### **Zusammenfassung**

Der Beitrag analysiert die Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf das deutsche Parteiensystem und die möglichen Folgen für die Bundestagswahl 2017. Es wird gezeigt, dass die Wählerunterstützung für die Union seit dem Herbst 2015 deutlich zurückgegangen ist, was auf den Ansehensverlust von Kanzlerin Angela Merkel durch ihre Flüchtlingspolitik zurückgeführt werden kann. Inwieweit der Streit zwischen CDU und CSU einen zusätzlichen Beitrag geliefert hat, bleibt umstritten. Die SPD konnte die Schwäche der Kanzlerin und ihrer Partei jedoch nicht nutzen, im Gegenteil: Auch ihre Werte gingen zurück, weil sie weder personell noch inhaltlich als überzeugende Alternative wahrgenommen wurde. Nutznießer der Flüchtlingskrise war eindeutig die AfD, die nach ihrer Spaltung Mitte 2015 schon in der Versenkung verschwunden war. Erst in neuester Zeit wurde ihr Höhenflug durch eigenes Verschulden gestoppt. Auch die Grünen und die FDP haben etwas zugelegt, die Linkspartei ist konstant geblieben. Betrachtet man im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 die Chancen der Regierungsbildung, so zeigt sich, dass alle Koalitionskonstellationen außer der Großen Koalition entweder rein rechnerisch unwahrscheinlich oder politisch schwierig sind.

### 1. Die Flüchtlingskrise schadet der Union, aber auch der SPD

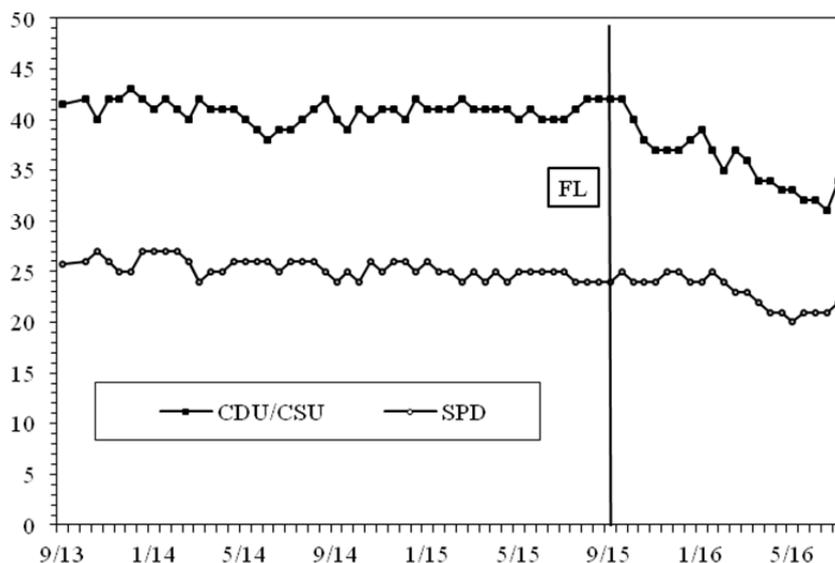
In der ersten Hälfte der Legislaturperiode nach der Bundestagswahl 2013<sup>1</sup> gab es im Parteiensystem keine wesentlichen Veränderungen. Dies betrifft insbesondere die beiden Volksparteien, an deren Unterstützung durch die Wählerinnen und Wähler sich



**Prof. Dr. Oskar Niedermayer**  
Fakultät für Politik- und Sozialwissenschaften  
Freie Universität Berlin

den Umfragen gemäß bis zum September 2015 so gut wie nichts änderte (vgl. Abbildung 1). Das ist bemerkenswert, weil normalerweise die Zustimmung zu den Regierungsparteien nach der Wahl erst einmal sinkt, weil die im Wahlkampf geweckten Erwartungen der Wähler enttäuscht werden. Diesmal erfüllte die Regierung jedoch die Erwartungen, weil sie die wesentlichen Versprechen – vor allem die Einführung des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die Rente mit 63 Jahren – auch umsetzte. Was nicht erfüllt wurde, waren die Erwartungen der SPD, diese von ihr durchgesetzten sozialpolitischen Maßnahmen würden ihre Umfragewerte deutlich steigen lassen. Da zeigte sich wieder, dass die Wähler die Erfolge von Regierungen in der Regel der Partei des Regierungschefs zuschreiben. Die Union konnte somit ihren deutlichen Vorsprung vor der SPD die ganze Zeit aufrechterhalten. Diese Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien zugunsten der Union ist nichts Neues: Sie kennzeichnet das deutsche Parteiensystem seit den 1950er Jahren fast durchgehend.

Abb. 1: Wahlabsicht: CDU/CSU und SPD (%)



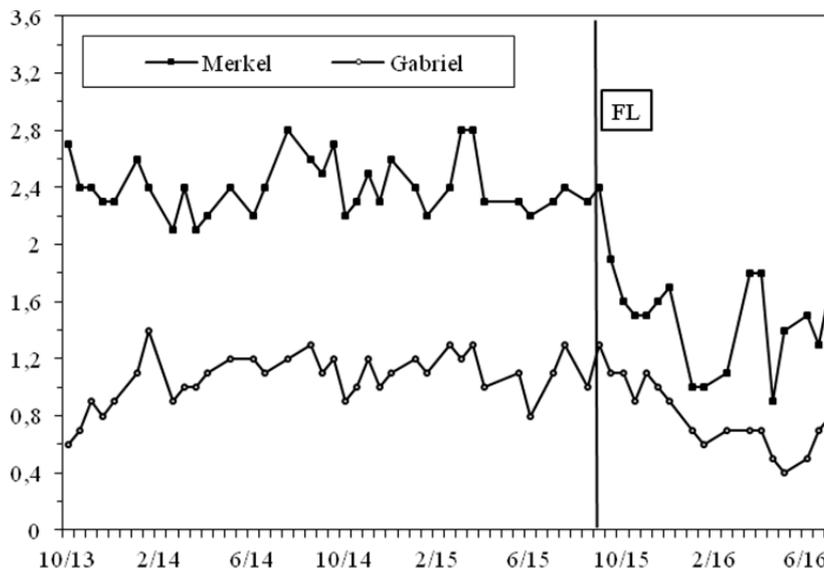
Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweits/sonntagsfrage/>

Mit der Zuspitzung der Flüchtlingskrise hat sich jedoch die Wählerunterstützung vor allem für die Union, aber auch für die SPD, deutlich verringert: Die Umfragewerte der Union sind von Werten über 40 Prozent im September 2015 auf Werte von 32 bis 34 Prozent im Frühsommer 2016 gesunken, die der SPD von um die 25 auf etwas über 20 Prozent.

Das Flüchtlingsproblem war schon seit Herbst 2014 für die Deutschen das wichtigste Thema, und seit dem Herbst 2015 hat dieses Problem alle anderen in den Augen der Bevölkerung völlig in den Hintergrund gedrängt.<sup>2</sup> Nachdem Angela Merkels in der Nacht zum 5. September getroffene Entscheidung, die in Ungarn festsitzenden Flüchtlinge nach Deutschland einreisen zu lassen, zunächst noch von 2/3 der Deutschen gutgeheißen wurde<sup>3</sup>, führte der folgende deutliche Anstieg der Flüchtlingszahlen schon im Oktober zu einem Umschlagen der Stimmung. Seither ist die Bevölkerung in der Flüchtlingsfrage gespalten<sup>4</sup> und die Diskussion wird in einer stark polarisierten und emotionalisierten Weise geführt.

Diese Entwicklung hatte deutliche Auswirkungen auf die Beurteilung der Bundeskanzlerin Angela Merkel: Ihre allgemeine Bewertung auf einer Skala von -5 (= halte überhaupt nichts von ihr) bis +5 (= halte sehr viel von ihr) rutschte von 2,4 Anfang September 2015 auf 1,0 im Januar 2016 – auch unter dem Eindruck der Ereignisse in der Kölner Silvesternacht (vgl. Abbildung 2).

Abb. 2: Allgemeine Beurteilung von Merkel und Gabriel (MW: -5 bis +5)



Quelle: FGW-Politbarometer

Dass dieser Rückgang primär auf ihre Flüchtlingspolitik zurückzuführen war, zeigte die Tatsache, dass im Januar 2016 immer noch 63 Prozent der Deutschen der Meinung waren, dass Angela Merkel ihre Sache alles in allem eher gut macht, in Bezug auf die Flüchtlingspolitik waren jedoch nur 39 Prozent dieser Ansicht.<sup>5</sup>

Mit dem wesentlichen Rückgang der Zugangszahlen durch die Schließung der Balkan-Route und dem von ihr initiierten Pakt zwischen der EU und der Türkei im März verbesserten sich Merckels persönliche Werte wieder. Vor allem ihr Agieren im Fall Böhmermann, wo sie nach Ansicht von vier Fünfteln der Deutschen zu viel Rücksicht auf den türkischen Staatspräsidenten Erdogan nahm, ließ sie kurzfristig noch einmal einbrechen. Ab dem Mai 2016 stabilisierte sich ihre allgemeine Beurteilung durch die Bevölkerung auf einem deutlich unter den Werten vor der Flüchtlingskrise liegenden Niveau. Die Unterstützung der CDU/CSU durch die Bevölkerung ging jedoch noch weiter zurück, und erst Anfang Juli zeichnete sich eine mögliche Trendwende ab.

Seit der Zuspitzung der Flüchtlingskrise im September 2015 übte die CSU Kritik am Kurs der Kanzlerin. Obwohl auch ein Teil der CDU mit Angela Merckels Flüchtlingspolitik unzufrieden war, wurde der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer innerhalb der Unionsparteien zu ihrem schärfsten Kritiker. Dabei spielten nicht nur gravierende inhaltliche Differenzen über die notwendigen Maßnahmen zur Krisenbewältigung eine Rolle, sondern auch die Tatsache, dass Bayern als Grenzland zu Österreich die Hauptlast des Zustroms zu tragen hatte und die CSU ihr bundespolitisches Agieren wie schon immer primär an den bayerischen Interessen ausrichtete. Zudem

waren die zwischenparteilichen Auseinandersetzungen durch die Vorboten des CSU-internen Machtkampfes um Seehofers Nachfolge überlagert. Der Streit eskalierte von den anfänglichen Forderungen der CSU nach einer Obergrenze des Zuzugs und Verschärfungen des Asylrechts bis hin zu der Drohung mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht und Überlegungen, zur Bundestagswahl 2017 einen eigenen CSU-Wahlkampf zu führen. Schon auf dem CSU-Parteitag im November 2015, wo Seehofer die Kanzlerin auf offener Bühne abkanzelte, wurde zudem das persönliche Zerwürfnis zwischen den beiden Hauptakteuren öffentlich sichtbar.

Dass der Streit über die Flüchtlingspolitik zur schlimmsten Krise zwischen den beiden Schwesterparteien seit Jahrzehnten führte, ist auch darauf zurückzuführen, dass er nur ein Symptom eines tiefer gehenden Streits ist. Zwischen CSU und CDU – aber auch innerhalb der CDU – geht es um die Frage der generellen inhaltlichen Positionierung der Unionsparteien auf einer der beiden den Parteienwettbewerb prägenden Konfliktlinien: dem gesellschaftspolitischen Konflikt zwischen progressiv-libertären und konservativ-autoritären Werten bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Der noch verbliebene konservative Teil der CDU und die CSU sind der Auffassung, dass der Modernisierungskurs Angela Merkels und der CDU-Mehrheit dazu geführt hat, dass rechts der Union im Parteiensystem eine Repräsentationslücke entstanden ist, in die die AfD hineinstößt. Sie fordern daher einen Kurswechsel der Kanzlerin mit stärkerer Betonung konservativer Werthaltungen. Für die CSU gilt heute noch der Satz von Franz Josef Strauß, dass es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe, während Angela Merkel betont, dass dies nur gelte, wenn die Union dafür keine Prinzipien aufgeben müsse. Noch im Mai 2016 schien ein endgültiger Bruch zwischen den beiden Parteien eine realistische Möglichkeit zu sein, Ende Juni schloss man aber auf einer gemeinsamen Klausur eine Art Waffenstillstand. Der Richtungsstreit wurde ausgesetzt und man will jetzt gemeinsam nach vorne schauen. Zu dieser Entwicklung hat sicher auch die Tatsache beigetragen, dass trotz aller Drohgebärden die realen Handlungsmöglichkeiten der CSU begrenzt sind. Den Drohungen Taten folgen zu lassen würde bedeuten, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufzulösen und sich bundesweit auszudehnen. Dies will die CSU jedoch auf keinen Fall, da dann die CDU auch in Bayern antreten und die Hegemonialstellung der CSU gefährden würde.

Ob und inwieweit der Streit zwischen CDU und CSU sich negativ auf die Wählerunterstützung der Union ausgewirkt hat, ist umstritten. Einerseits mögen die Deutschen es nicht, wenn sich Schwesterparteien streiten, andererseits deuten die deutliche Verbesserung der Beurteilung der Arbeit Horst Seehofers und die Zustimmung zu seinen Forderungen durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht darauf hin, dass die Position der CSU der gesamten Union wesentlich geschadet hat.

Die SPD konnte bisher von der Schwäche der Union und der Kanzlerin nicht profitieren, im Gegenteil: Ab Anfang 2016 gingen ihre Werte von 25 auf etwas über 20 Prozent Mitte des Jahres zurück. Das liegt vor allem daran, dass die SPD von den Wählern weder personell noch inhaltlich als überzeugende Alternative zur Union wahrgenommen wurde.

Im personellen Bereich war die allgemeine Bewertung ihres Vorsitzenden und designierten Kanzlerkandidaten Sigmar Gabriel durch die Bevölkerung vor der Flüchtlingskrise deutlich schlechter als die von Merkel und verbesserte sich im Laufe der Flüchtlingskrise nicht, im Gegenteil: sie wurde noch schlechter (vgl. Abbildung 2). Hinzu kommt, dass Gabriel in der eigenen Partei nicht unumstritten ist. Auf dem Bundesparteitag im Dezember 2015 erhielt er bei seiner Wiederwahl zum Parteivorsit-

zenden nur 74 Prozent der Stimmen. Dieses Fiasko wurde darauf zurückgeführt, dass der linke Flügel der Partei ihn für seinen Mitte-Kurs abgestraft habe. Anfang Mai 2016 gab es dann Rücktrittsgerüchte und Ende Mai schlug Gabriel vor, um die Kanzlerkandidatur einen parteiinternen Wettbewerb mit anschließendem Mitgliederentscheid durchzuführen. Darauf wollte sich jedoch niemand aus der Reihe der potenziellen Mitbewerber einlassen. Aus heutiger Sicht ist es daher höchst wahrscheinlich, dass Gabriel der Kanzlerkandidat der SPD werden wird. Seine Ausgangsposition ist dabei nicht allzu gut: Im Juni 2016 gaben 46 Prozent der Wahlberechtigten an, sich für Angela Merkel zu entscheiden, wenn sie den Bundeskanzler direkt wählen könnten, nur 23 Prozent würden für Sigmar Gabriel stimmen<sup>6</sup>

Auch inhaltlich konnte die SPD den Wählern bisher keine überzeugenden Alternativen anbieten, was nicht nur daran liegt, dass sie mit der Union in der Regierung ist. Der monatelange Unionsstreit um die Flüchtlingspolitik hat nämlich die ganze Zeit verdeckelt, dass es auch in der SPD und vor allem bei ihren Anhängern völlig unterschiedliche Vorstellungen über diese Frage gibt, die nur äußerst schwer zusammenzubinden sind. Zudem misst die Bevölkerung der SPD in neuester Zeit deutlich weniger politische Kompetenz zu als vor der letzten Bundestagswahl: Während vor der Wahl 43 Prozent der Meinung waren, die SPD sei am ehesten dazu in der Lage, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, sind es im Juni 2016 nur noch 32 Prozent. Die generelle Kompetenz, die wichtigsten Probleme in Deutschland zu lösen, trauten der Partei vor der Wahl 26 Prozent und jetzt nur noch 14 Prozent zu.

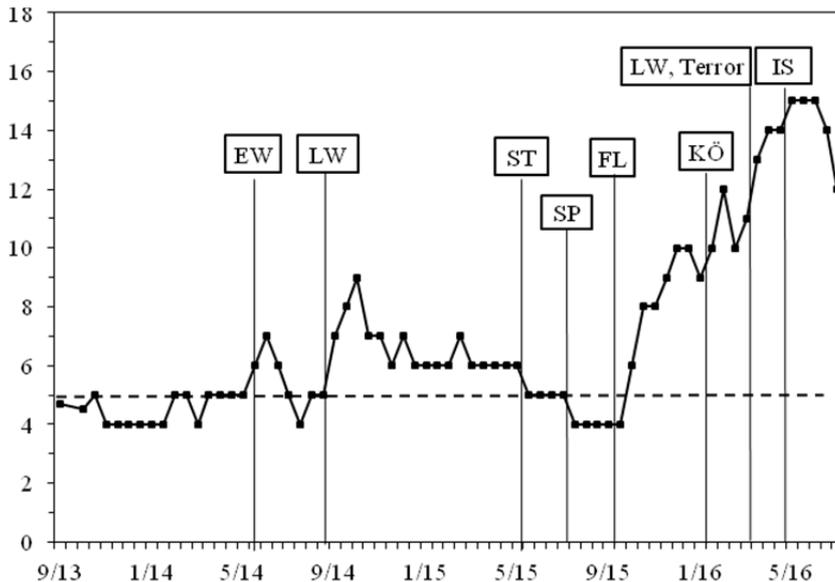
## 2. Die AfD profitiert sehr stark von der Flüchtlingskrise

Die 2013 gegründete AfD verpasste bei der Bundestagswahl mit 4,7 Prozent den Einzug in den Bundestag nur knapp. Ihre programmatischen Aussagen verdeutlichten schon sehr früh ihre Positionierung im Rahmen der beiden zentralen Konfliktlinien, die den deutschen Parteienwettbewerb prägen: Im Sozialstaatskonflikt zwischen marktliberalen und an sozialer Gerechtigkeit ausgerichteten Wertvorstellungen zur Rolle des Staates im wirtschaftlichen Wettbewerb vertrat sie nicht nur in Bezug auf die Eurorettung eine deutlich marktliberale bzw. marktradikale Position. Auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie verortete sie sich auf der national-konservativen Seite, wobei ihr schon von Anfang an von manchen Beobachtern vorgeworfen wurde, sich nicht ausreichend vom äußersten rechten Rand abzugrenzen. Ihre Außenwahrnehmung vor der Bundestagswahl wurde jedoch durch ihre massive Kritik an der Eurorettungspolitik geprägt, und die Partei war daher als populistische Protestalternative für Wählergruppen mit unterschiedlichen Orientierungen wählbar. Ihr gutes Abschneiden bei der Wahl führte zwar zu einer gesteigerten Medienaufmerksamkeit, brachte ihr in den folgenden Monaten jedoch nur mäßige bundesweite Umfragewerte (vgl. Abbildung 3).

Dies änderte sich erst mit der Europawahl 2014, wo sie sich mit harscher Kritik an der Eurorettungs- und Zuwanderungspolitik nicht nur ökonomisch orientierten Gegnern der Eurorettung, sondern auch gesellschaftspolitisch immigrationskritischen Protestwählern als Wahlalternative anbot und 7,1 Prozent der Stimmen erreichte. Nach der Wahl stürzte sie jedoch erneut ab, und ein weiterer Aufschwung in den Umfragen auf der Bundesebene erfolgte erst, als sie bei der sächsischen Landtagswahl Ende August 2014 in den ersten Landtag einzog und gleich darauf bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen Mitte September zweistellige Ergebnisse erzielte. Auch diese

Hochphase hielt jedoch nicht lange an und konnte auch durch den – deutlich knapperen – Einzug in die Bürgerschaft von Hamburg im Februar und Bremen im Mai 2015 nicht stabilisiert werden. Im Sommer 2015 lag die Partei in den Umfragen bei 4-5 Prozent.

Abb. 3: Wahlabsicht: AfD (%)



Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>

Eigentlich hätte die AfD von der Relevanz ihres ursprünglichen ‚Markenkerns‘, der Eurorettung, profitieren müssen, als nach der Wahl in Griechenland Ende Januar 2015 der Schuldenstreit wieder eskalierte. Zudem hätte sie von der Tatsache profitieren müssen, dass schon ab dem Herbst 2014 ihr zweites inhaltliches Hauptthema, die Flüchtlingsproblematik, in der Bevölkerung zum wichtigsten Thema wurde. Dass sie diese Themenkonjunktur bis Anfang September 2015 nicht in eine steigende Wählerunterstützung ummünzen konnte, ist vor allem auf die immer heftigeren und schließlich zur Parteispaltung führenden inhaltlichen und personellen Konflikte innerhalb der Partei zurückzuführen.

Der inhaltliche Konflikt drehte sich um die Positionierung der Partei im gesellschaftspolitischen Bereich. Diese Frage hatte schon seit dem Sommer 2013 an Themen wie der Haltung zum Islam, zur Familien- und Geschlechterpolitik und zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt, die immer mehr an Schärfe zunahmen. Dabei standen sich ein gemäßigt konservativer und ein rechtskonservativer Flügel mit unscharfer Abgrenzung zum äußersten rechten Rand gegenüber. Der inhaltliche Streit wurde zudem überlagert durch persönliche Animositäten, die 2015 im Bundesvorstand zu einem offenen Machtkampf zwischen dem Parteigründer Bernd Lucke und einer seiner beiden Co-Vorsitzenden, Frauke Petry, führten. Auf einem Parteitag im Juli 2015 entschieden die Lucke-Gegner die Vorstandswahlen für sich. Lucke und seine Mitstreiter traten daraufhin aus der AfD aus.

Nach der Spaltung sackte die Rest-AfD unter ihren neuen Vorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen in den Umfragen auf 3-4 Prozent ab. Als die Flüchtlingskrise

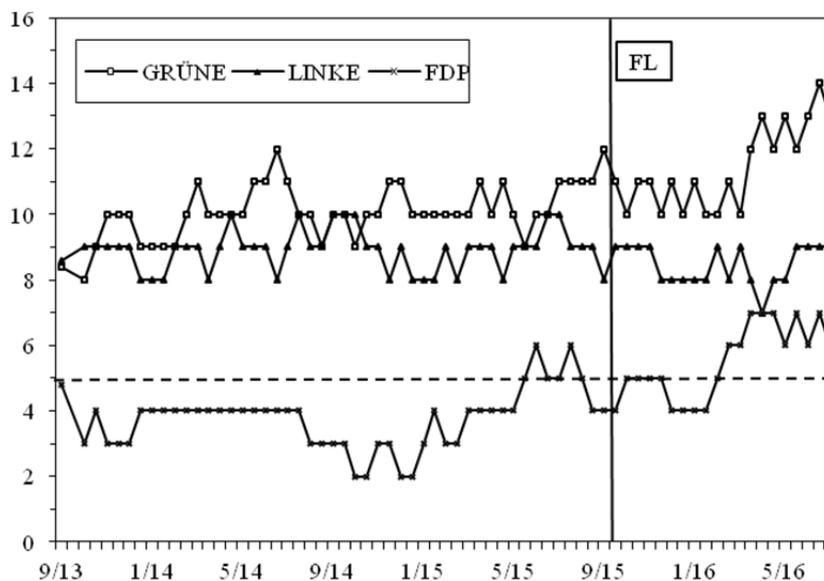
im Herbst 2015 für die Bevölkerung eine bisher noch nie dagewesene Relevanz erhielt, konzentrierte man sich allein auf dieses Thema und machte es zum neuen Markenkern der Partei, was ihr deutlich steigende Umfragewerte verschaffte. Hinzu kamen im ersten Vierteljahr 2016 drei weitere, mit der Flüchtlingsthematik verbundene Ereignisse, die der Partei weiter Auftrieb verschafften: Die Übergriffe in Köln in der Silvesternacht, die Landtagswahlen, wo die AfD in Baden-Württemberg mit 15,1 und in Rheinland-Pfalz mit 12,6 Prozent auf dem dritten Platz landete und in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent sogar zur zweitstärksten Partei wurde, und die islamistischen Terroranschläge in Brüssel. Zudem änderte die Partei in der Flüchtlingsthematik ihre Strategie: Mit dem Rückgang der Zugangszahlen stellte sie durch ihren Anti-Islamkurs nicht mehr die neu Hinzukommenden in den Mittelpunkt, sondern diejenigen, die schon hier sind. Ab Ende Mai 2016 sorgte die AfD jedoch selbst für das Ende ihres Höhenflugs: Zunächst beleidigte der stellvertretende Vorsitzende Alexander Gauland den Fußballnationalspieler Jerome Boateng, dann zeigte sich die Partei Ende Juni in ihrer Reaktion auf das britische Referendum zum EU-Austritt völlig zerstritten. Anfang Juli zerbrach die Baden-Württembergische Landtagsfraktion an Antisemitismusvorwürfen gegen einen ihrer Abgeordneten, was auch zur Eskalation des schon Monate andauernden Machtkampfes zwischen den beiden Bundesvorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen führte. Zudem zeigte die Unfähigkeit der Fraktion, sich eindeutig von den antisemitischen Äußerungen ihres Mitglieds zu distanzieren, wieder einmal, dass die Charakterisierung der AfD als nationalkonservative Partei mit Brücken hin zum Rechtsextremismus gerechtfertigt ist.

### 3. Grüne und FDP werden stärker, die Linkspartei stagniert

Auch in die Unterstützung der Grünen und der FDP durch die Bevölkerung kam in neuester Zeit Bewegung, allerdings nicht wie bei der AfD schon mit der Zuspitzung der Flüchtlingskrise im Herbst 2015, sondern erst im Umfeld der drei inhaltlich vom Flüchtlingsthema beherrschten Landtagswahlen im März 2016.

Die Grünen hatten sich seit dem Frühjahr 2014 mit über ihrem Wahlergebnis von 2013 liegenden Umfragewerten zwischen 10 und 11 Prozent im Parteiensystem wieder auf Platz drei geschoben (vgl. Abbildung 4). Bewegung kam in die bundesweite Wählerunterstützung erst mit dem fulminanten Wahlsieg der Partei im März 2016 in Baden-Württemberg, wo sie mit 30 Prozent der Stimmen die seit den 1950er Jahren dominierende CDU auf den zweiten Platz verwies. Der sehr stark auf die Person des parteiübergreifend hoch geschätzten grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann zurückzuführende Sieg verdeckte das gleichzeitige Desaster der Partei in Rheinland-Pfalz, wo sie zwei Drittel ihrer Wähler verlor, und bescherte ihr bundesweit eine Steigerung der Umfragewerte. Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise auf die Wählerunterstützung der Grünen sind schwer abzuschätzen. Einerseits bilden die Anhänger der Grünen in den Umfragen zu den verschiedenen Aspekten dieser Thematik meist den progressiv-libertären Gegenpol zu den AfD-Anhängern, andererseits hat der rheinlandpfälzische Landesverband mit seiner klaren Unterstützung der Willkommenskultur bei der Landtagswahl Schiffbruch erlitten, während die in der Flüchtlingsfrage weit aus pragmatischeren und mit der Bundesführung der Grünen zuweilen über Kreuz liegenden Baden-Württemberger einen überragenden Wahlsieg einfahren konnten.

Abb. 4: Wahlabsicht: GRÜNE, LINKE und FDP (%)



Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>

Die Verbesserung der Wählerunterstützung der FDP im Umfeld der Landtagswahlen vom März 2016 hingegen kann eindeutiger mit dem Thema Flüchtlingskrise in Verbindung gebracht werden. Die FDP war bei der Bundestagswahl 2013 auf 4,8 Prozent abgestürzt und aus dem Bundestag ausgeschieden. Das Wahldesaster führte zum Rücktritt der gesamten Führungsspitze und der nordrhein-westfälische Landes- und Fraktionschef Christian Lindner wurde zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die innerparteiliche Konsolidierung schlug sich in den Umfragen jedoch zunächst nicht nieder. Angesichts der wenigen überregional profilierten Köpfe in der neuen Führung, des Verlustes des Markenkerns in den Augen der Wähler, der Ressourcenknappheit der Partei, der Schwierigkeiten, als außerparlamentarische Oppositionspartei Medienaufmerksamkeit zu generieren, und der neuen Konkurrenz durch die AfD mit ihrer marktliberal ausgerichteten Eurorettungskritik fiel es der Partei schwer, überhaupt wahrgenommen zu werden. Ihr Ergebnis bei der Europawahl 2014 war mit 3,4 Prozent noch schlechter als bei der Bundestagswahl und auch die nachfolgenden Landtagswahlen gerieten zum Desaster: In Sachsen verlor sie nicht nur ihre letzte Regierungsbeteiligung, sondern scheiterte sogar an der Fünfprozenthürde, und auch in Brandenburg und Thüringen flog sie aus den Landtagen. Ende 2014 schien ihr Schicksal somit besiegelt zu sein.

Im Frühjahr 2015 besserte sich die Lage jedoch. Durch zum Teil unkonventionelle Wahlkämpfe mit zwei eine neue FDP repräsentierenden Spitzenkandidatinnen gelang es der Partei, in Hamburg mit einem leichten Stimmengewinn in der Bürgerschaft zu bleiben und in Bremen sogar deutlich zuzulegen und wieder in die Bürgerschaft einzuziehen. Danach wurde sie von einigen Beobachtern wieder als notwendige Alternative im Parteiensystem wahrgenommen und in den bundesweiten Umfragen konnte sie etwas zulegen. Bei den drei Landtagswahlen im März 2016 verzeichnete sie überall Stimmengewinne und zog in Rheinland-Pfalz nicht nur wieder in den Landtag ein, sondern bildete auch mit SPD und Grünen die neue Landesregierung. Dies und die

Medienarbeit Christian Lindners, der zum alleinigen Gesicht der FDP geworden ist, bescherte ihr neue und deutlich positivere Medienaufmerksamkeit. Die Umfragen sehen sie seither konstant bei über 5 Prozent.

Stark geholfen hat der FDP bei ihrer Revitalisierung die Strategie, sich in den Landtagswahlkämpfen 2016 den Kritikern von Merkels Flüchtlingspolitik durchaus erfolgreich als seriöse, rechtsstaatlich und an liberalen Prinzipien orientierte Alternative zur AfD-Wahl anzubieten. Zudem ist die AfD durch ihren gesellschaftspolitischen Rechtsruck mit zum Teil deutschnational-völkischer Ausrichtung und die Relativierung ihres marktliberalen Profils nach der Abspaltung des Lucke-Flügels für bürgerliche, wirtschaftsliberale Wähler unattraktiver geworden. Bei den vier westdeutschen Landtagswahlen von 2015 und 2016 konnte die FDP bei den Selbstständigen überall deutlich überdurchschnittlich zulegen. Die Partei ist also dabei, ihre traditionelle Kernklientel, die sie nach 2009 zum Teil verloren hatte, wieder zu gewinnen.

Die einzige Partei, deren Unterstützung durch die Wähler sich auf der Bundesebene durch die Flüchtlingskrise seit dem Herbst 2015 so gut wie nicht verändert hat, ist die Linke. Die Linkspartei hatte schon vor der Bundestagswahl 2013 die schwere Krise überwunden, die sie Mitte 2012 an den Rand einer Parteispaltung geführt hatte. Unter ihrer neuen Führung gelang es, die Flügelkämpfe zwischen Fundamentalisten und Reformern zumindest nach außen hin einzudämmen und bei der Wahl landete sie mit 8,6 Prozent knapp vor den Grünen auf dem dritten Platz. Nach der Bundestagswahl pendelten sich die Umfragewerte zwischen 8 und 10 Prozent ein (vgl. Abbildung 3). Es half der Partei auch nichts, dass sie nach der Landtagswahl in Thüringen im Herbst 2014 mit Bodo Ramelow in einer rot-rot-grünen Koalition zum ersten Mal einen Ministerpräsidenten stellte und in der ersten Jahreshälfte 2015 in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen zulegen konnte. Andererseits schadete der Partei auch nicht, dass sie mit dem Rücktritt Gregor Gysis vom Fraktionsvorsitz im Oktober 2015 ihr bundesweit bekanntestes Gesicht verlor.

In der Flüchtlingsfrage vertrat die Partei von Anfang an eine kompromisslose Willkommenskultur mit offenen Grenzen für alle und einem Nein zu allen Asylrechtseinschränkungen im Bundestag. Dies veränderte ihre bundesweiten Umfragewerte nicht. Bei den Landtagswahlen im März 2016 blieb sie jedoch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit Werten von unter drei Prozent eine marginale Partei und in Sachsen-Anhalt, wo sie bis zum Herbst 2015 noch realistische Chancen hatte, den Regierungschef zu stellen, verlor sie ein Drittel ihrer Wählerschaft. Sie landete mit 16,3 Prozent klar hinter der AfD (24,3 Prozent), wobei der Unterstützungsrückgang vor allem bei den Arbeitslosen, aber auch bei den Arbeitern, deutlich überdurchschnittlich ausfiel und bei allen drei Wahlen die meisten Abwanderer unter den ehemaligen Linksparteiwählern zur AfD stießen. Auch in Umfragen vom April/Mai in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zog die AfD an der Linken vorbei. Diese Entwicklung verunsicherte die Partei zwar, sie blieb aber bei ihrem Kurs. Sowohl der Vorstand als auch die Fraktion stellten sich gegen Sarah Wagenknecht, die – gemeinsam mit ihrem Mann Oskar Lafontaine – schon Ende 2015 Flüchtlingskontingente gefordert hatte, im Januar 2016 nach den Übergriffen in Köln davon sprach, dass das Gastrecht verwirkt habe, wer es missbrauche, und kurz vor den Landtagswahlen Kapazitätsgrenzen und Grenzen der Aufnahmebereitschaft sah. Auf dem Parteitag Ende Mai 2016 verhinderte dann eine Welle der Solidarität gegenüber Wagenknecht, nachdem ihr von einer linksextremen Antifa-Gruppe eine Torte ins Gesicht geworfen wurde, eine wirklich offene Diskussion darüber, was das beschlossene Festhalten der Partei an der Willkommenskultur für einen Teil ihrer Wählerklientel bedeutet und ob die Ge-

genstrategie, durch eine „Revolution“ für soziale Gerechtigkeit ökonomisch mehr für alle einzufordern, zur Rückgewinnung von Wählern ausreicht, die nicht frei von kulturellen Überfremdungsängsten sind.

#### 4. Die möglichen Folgen für die Bundestagswahl 2017

Es spricht vieles dafür, dass die Asymmetrie zwischen den beiden Volksparteien auf insgesamt niedrigerem Stimmenniveau bis zur Bundestagswahl erhalten bleibt und die CDU/CSU daher wieder stärkste Partei werden wird. Die Verteilung der längerfristigen, gefühlsmäßigen Parteibindungen zwischen Union und SPD begünstigt deutlich die Union: Im Jahr 2015 wiesen durchschnittlich über 28 Prozent der Wahlberechtigten eine Parteiidentifikation zugunsten der Union auf, nur knapp 19 Prozent fühlten sich an die SPD gebunden.<sup>7</sup> Diese strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union kann die SPD nur überwinden, wenn sie bei einer Wahl die beiden kurzfristigen Prägefaktoren des Wahlverhaltens, das personelle und inhaltliche Angebot an die Wähler, in ihrem Sinne optimal gestalten kann. Danach sieht es aber nicht aus.

Bei den Führungspersonen ist davon auszugehen, dass der zukünftige Verlauf der Flüchtlingskrise eher nicht zu einer deutlichen weiteren Beschädigung des Images von Angela Merkel führen wird. Dies liegt vor allem an der Tatsache, dass es selbst bei einer erneuten Zuspitzung der Lage durch einen starken Zustrom auf der Mittelmeerroute wohl keinen zweiten deutschen Alleingang geben wird und für das Flüchtlingsproblem eine europäische Antwort gefunden werden muss. Es ist daher wahrscheinlich, dass das Flüchtlingsproblem – vor allem auch hinsichtlich der Integration derer, die schon im Land sind – bei der Bundestagswahl zwar ein wichtiges, aber nicht mehr das einzig bestimmende Thema sein wird, worauf auch der Rückgang der Relevanzzuschreibung durch die Bevölkerung seit März 2016 hindeutet. Das bedeutet auch, dass das im Allgemeinen sehr positive Image von Frau Merkel bei der Bevölkerung wieder stärker durchschlagen wird und weder Sigmar Gabriel noch ein anderer möglicher Herausforderer ihre guten Beurteilungswerte erreichen werden. Das weiß man auch in der CDU und CSU, weshalb auch in Zeiten des größten Streits nie die reale Gefahr eines Putsches gegen Angela Merkel bestand, und weshalb die Spitzenkandidatin der Union für die Bundestagswahl mit hoher Wahrscheinlichkeit auch wieder Angela Merkel heißen wird. Die SPD muss daher damit rechnen, dass es personell keine optimale Konstellation zu ihren Gunsten geben wird, und angesichts des tief sitzenden Misstrauens, den ein Teil der Partei gegen Sigmar Gabriel hegt, bleibt abzuwarten, ob die SPD im Wahlkampf ihren Kandidaten geschlossen und entschlossen unterstützt.

Im inhaltlichen Bereich sind die Differenzen zwischen CDU und CSU in der Flüchtlingspolitik und die dahinter stehenden unterschiedlichen Auffassungen über die inhaltliche Positionierung auf der gesellschaftspolitischen Konfliktlinie nicht ausgeräumt. Die in letzter Zeit wieder gewachsene Einsicht, den Kampf mit dem politischen Gegner besser gemeinsam statt getrennt zu führen, wird jedoch einen Schulterchluss der beiden Parteien im Wahlkampf befördern. Daher spricht vieles dafür, dass CDU und CSU – wie immer – geschlossen hinter ihrer Kandidatin stehen werden und die Auffassungsdifferenzen über den politischen Kurs sich in unterschiedlichen Akzentuierungen der Wahlkampfthemen niederschlagen werden. Zur Optimierung des Wählerpotenzials wären eine moderate Töne anschlagnende CDU und eine konservative Werte betonende CSU auch durchaus geeignet.

Die SPD braucht, wenn ihr inhaltliches Angebot an die Wähler optimal sein soll, ein Alleinstellungsmerkmal im Bereich ihres Markenkerns, d.h. ein für die Wähler wichtiges, den Grundwert der sozialen Gerechtigkeit konkretisierendes Thema, das allein mit ihr verbunden wird und bei dem die Wähler auf der Seite der SPD stehen. Ein solches Thema ist aber noch nicht in Sicht. Problematisch für die Partei ist, dass sie im Bereich ihres Markenkerns jetzt von links und rechts in die Zange genommen wird: Mit der Linkspartei gibt es seit 2007 eine relevante gesamtdeutsche Konkurrenzpartei zur SPD, die auf denselben Markenkern setzt und ihr einen Teil ihres Wählerpotenzials streitig macht. Bei den Landtagswahlen im März 2016 ist zudem die AfD in die traditionelle Wählerklientel der SPD eingebrochen, und zwar mit einer Konzeption von sozialer Gerechtigkeit, bei der es nicht mehr um das traditionelle „unten versus oben“, sondern um „drinnen versus draußen“, also um Benachteiligungsgefühle von Einheimischen durch den Zuzug von Flüchtlingen geht. Die SPD hat die Brisanz dieser Entwicklung durchaus erkannt und will durch einen ‚Solidaritätspakt‘ für alle Benachteiligten gegensteuern. Soziale Gerechtigkeit in dieser Weise neu zu buchstabieren, wird jedoch angesichts der vielfältigen Probleme, die die Schaffung von Solidarität der eigenen Klientel mit den Geflüchteten aufwirft, wesentlich schwieriger werden als in der Vergangenheit.

Insgesamt spricht daher sehr viel dafür, dass die Union bei der Bundestagswahl erneut die stärkste Partei wird. Da sie jedoch weit von der absoluten Mehrheit entfernt sein dürfte, bedeutet dies jedoch nicht zwangsläufig, dass sie auch die Regierungschefin stellt. Da beide Partner mehrfach betont haben, dass sie die Große Koalition nicht fortsetzen wollen, müssen sie sich nach neuen Koalitionspartnern umsehen. Die Chancen der FDP, 2017 wieder in den Bundestag zurückzukehren, sind zwar besser geworden, eine Rückkehrgarantie ist dies jedoch nicht. Wenn die AfD in den Bundestag einzieht, was ziemlich wahrscheinlich ist, wenn sie sich bis dahin nicht selbst zerlegt, sind Union und FDP zudem so weit von der Mehrheit entfernt, dass die Chancen einer schwarz-gelben Koalition rein rechnerisch relativ gering sein dürften. Schwarz-Grün dagegen könnte rechnerisch durchaus möglich sein, und an Angela Merkel würde eine solche Koalition nicht scheitern. Die CSU hingegen lehnt ein Zusammengehen mit den Grünen ab.

Die Grünen selbst lassen öffentlich keine eindeutigen Koalitionspräferenzen erkennen. Obwohl manche Beobachter meinen, die Zeichen stünden intern längst auf Schwarz-Grün, präferiert der linke Flügel ein Zusammengehen mit der SPD und der Linkspartei. Rot-Rot-Grün wäre aus heutiger Sicht auch die einzige halbwegs realistische Möglichkeit für die SPD, den Kanzler stellen zu können. Kurz nach der letzten Bundestagswahl hatte der SPD-Bundesparteitag beschlossen, eine Koalition mit der Linkspartei für die Zukunft nicht mehr auszuschließen, und in neuester Zeit wird die rot-rot-grüne Option durch die Parteiführung erneut in die Diskussion gebracht. Angesichts der inhaltlichen Differenzen vor allem im außen- und sicherheitspolitischen Bereich und in neuerer Zeit auch in der Flüchtlingspolitik gibt es in der Partei gegen eine solche Zusammenarbeit jedoch durchaus Widerstand. Zudem kann niemand abschätzen, wie die SPD-Wählerschaft vor allem im Westen der Republik auf einen rot-rot-grünen Lagerwahlkampf reagieren würde. Auch in der Linkspartei sind die Widerstände gegen eine Koalition mit den Sozialdemokraten noch lange nicht ausgeräumt. Wie der Parteitag im Mai 2016 wieder gezeigt hat, bleibt die Partei weiterhin im Dilemma zwischen pragmatischem Regierungswillen und dem Beharren auf radikaler Opposition gefangen.

Zusammenfassend lässt sich daher konstatieren, dass keine der aus heutiger Sicht rechnerisch halbwegs realistischen Koalitionsmöglichkeiten politisch leicht durchsetz-

bar sein dürfte. Vielleicht sollte man daher den Führungskräften der beiden Volksparteien raten, eine erneute Große Koalition nicht allzu vehement auszuschließen.

## Anmerkungen

- 1 Zur Analyse der Bundestagswahl 2013 vgl. Niedermayer, Oskar (2014): Statt Rot-Grün nun GroKo die Dritte: eine Analyse der Bundestagswahl 2013, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 63, S. 23-35. Zum Parteiensystem in der ersten Hälfte der Legislaturperiode vgl. Niedermayer, Oskar (2015): Halbzeit: Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46, S. 830-851.
- 2 Bei der Frage nach dem wichtigsten Problem in Deutschland (zwei Nennungen möglich) wurde die Flüchtlingsproblematik vom September 2015 bis zum März 2016 von 81 bis 88 Prozent der Befragten genannt, im Juni 2016 waren es um die 70 Prozent (vgl. die Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen e.V.).
- 3 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Politbarometer, September I 2015.
- 4 Z.B. in den Fragen, ob Deutschland die große Zahl an Flüchtlingen verkraften kann (Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen e.V.), und ob Deutschland durch die Zuwanderung eher Vor- oder Nachteile hat (Infratest dimap DeutschlandTRENDS).
- 5 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V.: Politbarometer, Januar I 2016.
- 6 Vgl. Infratest dimap DeutschlandTREND Juni 2016.
- 7 Die Daten wurden dem Verfasser freundlicherweise von der Forschungsgruppe Wahlen e.V. zur Verfügung gestellt.